nehmungen nicht mitgerechnet) vermochte in den Jahren 1923 bis 1927 für Investitionen 511 Millionen Schilling zu verwenden.

Die städtischen Unternehmungen kommen auf der Einnahmeseite des Voranschlages nur mit den Gewinnabfuhr des Brauhauses und der Ankündigungsunternehmung vor. Auf der Ausgabenseite war für die Unternehmungen überhaupt nicht vorzusorgen, da diese als selbständige Wirtschaftskörper nach dem Prinzip der Selbsterhaltung verwaltet werden. Für Investitionen, die sie aus Betriebsmitteln nicht zu bestreiten vermögen, waren bis Ende 1927 fallweise Bankkredite aufzunehmen. Im Voranschlag 1928 ist das Erfordernis für solche nicht bedeckte Investitionen auf den Erlös der 30-Millionen-Dollar-Anleihe verwiesen.

Die Gemeindeangestellten.

Die Arbeitszeit.

Die Stadt Wien hatte am 1. Juli 1928 20.015 Angestellte und Arbeiter, ferner 6254 Lehrpersonen im Dienst. Dazu kommen 9976 Pensionisten. Die Angestellten und Arbeiter der städtischen Unternehmungen sind nicht mitgezählt. Ihre Zahl ist ungefähr ebenso groß. Um die Probleme bewältigen zu können, die sich — zumal in kritischen Zeiten — bei der Behandlung einer so großen und mannigfach gegliederten Zahl von Angestellten ergeben, wurde ein eigenes Personalreferat geschaffen, in welchem alle hierher gehörigen Agenden, auch für die Unternehmungsangestellten, vereinigt sind. Die sozialdemokratische Verwaltung entschloß sich gleich nach ihrem Amtsantritt zu einer Aufnahmssperre, die darin besteht, daß die natürlichen Abgänge durch Tod und Pensionierung nicht ersetzt werden. Da gleichzeitig die Agenden der Gemeindeverwaltung durch den Ausbau eines selbständigen Steuersystems, die erweiterte Fürsorgetätigkeit, die Errichtung eines Wohnungsamtes usw. erheblich anwachsen und die Erhebung Wiens zum Lande einen neuen Wirkungskreis brachte, ergab sich, daß eine straffe Reorganisation der Verwaltung durchgeführt werden mußte, um den Anforderungen genügen zu können. Obwohl die neuen Agenden 4000 Angestellte nötig machen, ist die Gesamtzahl der ständigen städtischen Angestellten von 18.900 im Frühjahr 1919 auf 17.900 im Sommer 1928 gesunken. Seit 1. Jänner 1924 wurde die Zahl der Arbeitsstunden im Verwaltungsdienst, die früher 6 betrug, auf 7 erhöht. Bei den Unternehmungen beträgt sie 8 Stunden.

Sozialpolitisch bedeutungsvoll ist die im Jahre 1927 im Gaswerk und Elektrizitätswerk durchgeführte Reform des Schichtdienstes im kontinuierlichen Betrieb. Es wurde hier zum ersten Male in der Industrie Österreichs mit Erfolg die 52- beziehungsweise 56stündige Schicht im kontinuierlichen Betrieb durch die reine 48-Stunden-Schicht ersetzt. Hiedurch war es möglich, allen Arbeitergruppen restlos die Vorteile des Achtstundentages zuzuwenden und einer beträchtlichen Zahl von Arbeitslosen ständige Arbeit zu geben.

Das Dienstrecht.

Die Verwaltungsangestellten, die früher in mannigfache Kategorien zerfielen, wurden gemäß ihrer Verwendung in neun Gruppen gegliedert. Die Rechte und Pflichten der Angestellten sind in einer umfangreichen allgemeinen Dienstordnung zusammengefaßt. Ihr Wesen ist durch die Bestimmung gekennzeichnet, daß der Gemeinderat Abänderungen an dieser Dienstordnung nur einvernehmlich mit der gemeinderätlichen Personalkommission beschließen kann. Diese besteht aus mit Proporz gewählten Delegierten des Gemeinderates und Vertretern des Personals und ist so zusammengesetzt, daß die Vertreter der Gemeinde Wien nur eine Stimme über die Mehrheit haben. Das bedeutet freilich, daß die Vertreter der Gemeinderatsmehrheit, wenn die Personalvertreter und die Mitglieder der Opposition des Gemeinderates zusammengehen, in der Minderheit bleiben. Das ist eine Schwäche der Verwaltung, die sie zwingt, stets den von ihr ohnedies von Anbeginn verkündeten Grundsatz zu befolgen, in Personalfragen nichts zu dekretieren, sondern immer mit den zuständigen Organisationen zu verhandeln und alles einvernehmlich zu regeln. Die Personalkommission ist unter anderm berufen, alle Anträge, die Personalangelegenheiten grundsätzlicher oder allgemeiner Natur betreffen und an den Stadtsenat oder Gemeinderat gehen, vorzubereiten; ferner alle Angelegenheiten zu beraten, für welche die Dienstordnung ein Einvernehmen zwischen Gemeinde- und Angestelltenvertretung vorsieht; in Streitfällen zu entscheiden, die sich aus der Anwendung der Dienstordnung ergeben, sofern die in den einzelnen Ämtern bestehenden Personalvertretungen erfolglos in Anspruch genommen worden sind. Diese Personalvertretungen haben weitgehende Rechte. Je nach der Wichtigkeit der Fälle und je nach dem überwiegenden Interesse des Dienstgebers oder Dienstnehmers heißt es in den einzelnen Fällen, daß sie „unter Mitwirkung, unter beratender Mitwirkung, nach Anhörung, im Einvernehmen, mit Zustimmung der Personalvertretung“ zu regeln sind.

Diese Demokratisierung des Dienstrechtes hatte natürlich nur einen Sinn, wenn den Angestellten zugleich volle Koalitionsfreiheit verbürgt wurde. § 71 der Dienstordnung erklärt deren Beeinträchtigung durch einen Vorgesetzten oder Angestellten als Dienstvergehen und die Berufsvereinigungen der Angestellten als deren berechnigte Vertreter. Die Gemeindeverwaltung führt aber Verhandlungen in Personalangelegenheiten nur mit der Organisation, die die Mehrheit der in Betracht kommenden Angestellten vertritt. Ob auch eine Minderheitsorganisation zu den Verhandlungen zugelassen wird, entscheiden die Vertreter der Mehrheitsorganisationen selbständig.

Im Disziplinarverfahren ist die Mitwirkung der Angestellten grundsätzlich überall vorgesehen. Sie geht bei den Magistratsangestellten sogar so weit, daß eine von der Gemeinde und den Angestellten paritätisch zusammengesetzte Kommission entscheidet. Über ihr steht ein Berufungssenat, der ebenfalls paritätisch zu-

sammengesetzt ist. Bei Stimmengleichheit entscheidet in erster Instanz die Stimme des Vorsitzenden, in zweiter Instanz kommt bei Stimmengleichheit ein Schuldspruch nicht zustande. Das Disziplinarrecht kennt überdies die Einrichtung der bedingten Verurteilung und die Möglichkeit der Nachsicht der Straffolgen durch den Bürgermeister.

Für die Beamten der Unternehmungen gilt die Dienstordnung der Magistratsangestellten mit wenigen Abänderungen. Für die Lehrer besteht ein eigenes Dienstgesetz. Die frühere christlich-soziale Stadtverwaltung hat die Lehrer unter besonders starkem Druck gehalten. Obwohl die Mehrheit der Lehrer auch heute noch der jetzigen sozialdemokratischen Verwaltung politisch feindselig gegenübersteht, entschloß man sich doch, den Lehrern ein ganz modernes Dienstrecht mit weitestgehender Freiheit zu gewähren. Die geheime Qualifikation wurde abgeschafft. Jeder Lehrer kann in seine Dienstbeschreibung Einblick nehmen und hat ein Beschwerderecht. Das Disziplinarverfahren wurde umgestaltet, so daß auch hier Standesgenossen die Richter sind. Die Lehrverpflichtung beträgt an Volksschulen wöchentlich 30 Stunden, an Bürgerschulen 25 bis 28 Stunden.

Ein eigenes Dienstrecht besteht auch für die Straßenbahner. Die Mitwirkung der Angestellten im Disziplinarverfahren geht auch dort sehr weit. Die Beschickung der Disziplinarkommission ist paritätisch. Den Vorsitzenden bestellt der Bürgermeister. Da dieser aber in der Schuldfrage nicht abstimmt und bei Stimmengleichheit der Beschuldigte als freigesprochen gilt, so liegt die Entscheidung bei den Vertretern des Personals. Für die andern Unternehmungen der Gemeinde sind Dienstordnungen noch nicht zustande gekommen.

Gilt für die eigentlichen Gemeindeangestellten, vom Magistratsdirektor bis zum Straßenkehrer, die allgemeine Dienstordnung, wobei die Frist für die Erlangung der definitiven Anstellung im Höchstausmaß fünf Jahre beträgt, so ist das Arbeitsverhältnis der Unternehmungsbediensteten durch Tarifverträge geregelt, die mit den zuständigen Gewerkschaften abgeschlossen wurden. Der Gemeinderat hat für diese Verträge Leitsätze beschlossen und für Dienstordnungen, die allenfalls erlassen werden, Richtlinien aufgestellt, deren wesentlichste Bestimmungen sind:

Ein Arbeitsvertrag darf nur mit der gewerkschaftlichen Organisation geschlossen werden, welche von der Mehrheit der Arbeitnehmer des betreffenden Gemeindebetriebes bezeichnet wird. Ob die Gewerkschaftsorganisation der Minderheit den Verhandlungen beizuziehen ist, entscheiden die Arbeiter selbst. Die Grundlage für die Lohnregelungen bilden die Verträge, die in den betreffenden Berufen jeweils bestehen. So gilt für die Arbeiter der städtischen Elektrizitätswerke der Metallarbeitervertrag, für die Arbeiter der städtischen Gaswerke der Vertrag der Arbeiter der chemischen Industrie usw. Die Arbeiter werden in nichtständige, ständige und definitive eingeteilt. Als ständige Arbeiter gelten solche, die bei ihrer Aufnahme als ständig in Aussicht genommen wurden und mindestens ein Jahr ununterbrochen im Gemeindedienst stehen. Darüber erhält

der Arbeiter eine schriftliche Mitteilung. Nach fünfjähriger ununterbrochener Verwendung wird der ständige Arbeiter definitiv, wobei jedoch die vor Vollendung des achtzehnten Lebensjahres vollstreckte Dienstzeit außer Betracht bleibt. Die Entlassung definitiver Arbeiter darf nur auf Grund eines Disziplinarerkenntnisses erfolgen, ferner wenn der Arbeiter wegen eines Verbrechens rechtskräftig verurteilt worden ist oder ohne stichhaltigen Grund länger als 72 Stunden vom Dienste fernbleibt, wobei als stichhaltiger Grund der Streikbeschluß der zuständigen Gewerkschaft ausdrücklich bezeichnet ist; ferner wenn der Arbeiter über ein Jahr krank ist, in welchem Falle aber eine Reaktivierung mit Anrechnung der früheren Dienstzeit möglich ist; bei nachweisbarem Mangel an Verlässlichkeit.

Eine Kündigung wegen Auflösung des Betriebes ist nur zulässig, wenn der Arbeitnehmer ohne Verminderung seiner Bezüge anderweitig im Dienst der Gemeinde verwendet werden kann und einen angemessenen Dienst zugewiesen erhält, diesen aber nicht antritt. Über diese Angemessenheit des Dienstes wird im Einvernehmen mit dem Betriebsrat entschieden. Umgekehrt verliert aber auch ein solcher Arbeitnehmer, der eine angemessene anderweitige Verwendung nicht annimmt, den Anspruch auf Ruhegenuß oder Abfertigung.

Die Besoldung.

Was die Besoldung der Gemeindeangestellten anlangt, so beruht sie auf der Entlohnung nach der wirklichen Dienstzeit. Bis zu einer gewissen Grenze ist die automatische Vorrückung eingeführt. Darüber hinaus werden die oberen Bezugsklassen nur durch Ernennung erreicht. Den Nachteilen der starren Automatik wird durch außertourliche Beförderungen und Remunerationen vorgebeugt. Umgekehrt besteht eine Bestimmung, daß bei nichtentsprechender Beschreibung die Vorrückung gehemmt wird. Die Besoldung der Wiener Gemeindeangestellten ist höher als die der Angestellten des Bundes und der andern Länder und Städte Österreichs. Die Bezüge der Unternehmungsbediensteten, die durch Kollektivvertrag geregelt sind, richten sich im Prinzip nach der Entlohnung in verwandten Zweigen der Privatindustrie. Sie sind jedoch, unbeschadet der größeren Sicherheiten der städtischen Unternehmungsangestellten, in vielen Fällen wesentlich höher.

Im Besoldungssystem der Gemeinde Wien ist auch die Gleichbesoldung von Mann und Frau, sofern sie gleiche Dienste versehen, verwirklicht, zum Beispiel bei den Lehrern und Lehrerinnen.

Hier ein paar kennzeichnende Besoldungstypen im Verhältnis zur Entlohnung in der Vorkriegszeit. Es sind die Monatsbezüge dargestellt, und zwar unter Berücksichtigung der zu Weihnachten und zum Urlaub gebührenden Sonderzahlungen im Ausmaß je eines halben Monatsbezuges.

	1914	Juni 1928	
	in Goldkronen	in Schillingen	in Prozenten des Vorkriegsbezuges
Akademiker:			
Beim Eintritt	100	272	188'9
Nach 15 Jahren	583	544	64'8
Höchstbezug	733	880	83'3
Volksschullehrer:			
Beim Eintritt	100	237	164'6
Nach 15 Jahren	325	407	87
Höchstbezug	458	609	92'3
Amtsgehilfen:			
Beim Eintritt	120	209	120'9
Nach 15 Jahren	167	272	113'1
Höchstbezug	233	375	111'7
Straßenarbeiter:			
Beim Eintritt	86	190	153'4
Nach 15 Jahren	100	237	164'6
Höchstbezug	103	326	219'6

Wochenlöhne*) je nach Verwendung und Verwendbarkeit.

	1914		Jänner 1928
	in Goldkronen	in Schillingen	in Prozenten des Vorkriegsbezuges
Professionisten im Elektrizitätswerk:			
Beim Eintritt	18'5	67'60	253'7
Nach 15 Jahren	24'9	79'56—86'76	222'4—242
Höchstbezug	32'1	89'44—98'08	193'5—212'2
Professionisten im Gaswerk:			
Beim Eintritt	22'2	67'60	211'6
Nach 15 Jahren	30	79'56—86'76	184'2—200'8
Höchstbezug	38'6	89'44—98'08	160'9—176'5
Professionisten bei der Straßenbahn:			
Beim Eintritt	25'6	67'60	183'4
Nach 15 Jahren	42'2	79'56—86'42	130'9—142'2
Höchstbezug	48'2	89'44—96'42	128'9—138'9
Hilfsarbeiter im Elektrizitätswerk:			
Beim Eintritt	17'8	57'20	223'1
Nach 15 Jahren	20'5	68'64—74'88	232'5—253'7
Höchstbezug	23'5	76'44—84'12	225'9—248'6
Hilfsarbeiter im Gaswerk:			
Beim Eintritt	18'9	57'20	210'3
Nach 15 Jahren	23'5	68'64—74'88	202'9—221'3
Höchstbezug	26'5	76'44—84'12	200'3—220'4

*) Die Wochenlöhne sind unter Berücksichtigung der Sonderzahlungen im Ausmaß von zwei Wochen berechnet.

	1914	Jänner 1928	in Prozenten
	in Goldkronen	in Schillingen	des Vorkriegsbezuges
Hilfsarbeiter der Straßenbahn:			
Beim Eintritt	20'3	57'20	195'7
Nach 15 Jahren	35'5	68'54—72'54	134'3—141'9
Höchstbezug	41'3	76'44—80'54	128'6—135'4
Straßenbahnschaffner:			
Beim Eintritt	23'7	63'50	186'1
Nach 15 Jahren	34'92	74'75	148'7
Höchstbezug	42'54	84'75	138'4

Die Löhne aller Arbeitergruppen und die Bezüge in der untersten Stufe aller Beamtenkategorien sind übervalorisiert, da die Anfangsbezüge in der Vorkriegszeit außerordentlich niedrig waren und die Lebenskosten, in Gold gerechnet, die Vorkriegeshöhe schon überschritten haben.

Neben dem Gehalt bestehen noch folgende Begünstigungen: Alle der Dienstordnung unterstehenden Angestellten zahlen auf der Straßenbahn nur den halben Fahrpreis. Der Amtsgehilfe hat außerdem Anspruch auf Dienstkleiderbezug, der mit zirka 8'7 Schilling monatlich bewertet werden kann. Sämtliche Arbeiterkategorien der städtischen Unternehmungen haben Anspruch auf Arbeitskleider. Ihre Einkommensteuer zahlt die Gemeinde. Außerdem haben die Arbeiter der Elektrizitäts- und Gaswerke Anspruch auf begünstigten Brennstoffbezug. Die Verbilligung beträgt 60 Prozent oder 2 Schilling bei Annahme eines Bezuges von 40 Kilogramm wöchentlich. Die Arbeiter der Straßenbahn haben Anspruch auf freie Fahrt.

Die Pensionsbestimmungen sind sehr weitgehend. Die Bemessungsgrundlage beträgt für die Magistratsangestellten 90 Prozent der ständigen Bezüge, für die Beamten der Unternehmungen, weil sie wegen der achten Arbeitsstunde höhere Bezüge als die Magistratsangestellten haben, 84'6 Prozent. Die Bemessungsgrundlage für die nach Kollektivverträgen entlohnten Bediensteten beträgt 85'5 Prozent der festen Aktivitätsbezüge. Die volle Dienstzeit beträgt bei den Angestellten des Magistrats und den Unternehmungsbeamten je nach ihrer Vorbildung 30 (Akademiker), 32½ (Lehrer und gewisse Gruppen mit Mittelschulbildung) und 35 Jahre. Danach sind auch ihre Pensionsbeiträge bestimmt. Sie betragen für die Angestellten des Magistrats 3'2, 3 und 2'8 Prozent der Ruhebemessungsgrundlage. Für die Angestellten der städtischen Unternehmungen sind die Pensionsbeiträge mit 3'8, 4 und 4'2 Prozent, für die höchsten Gehaltssätze mit 5'2 Prozent festgesetzt.

Bei den Arbeitern der Unternehmungen gelten dieselben Dienstzeiten wie für die Angestellten. Für die Einteilung in die drei Klassen ist die Gefährdung und die Schwere der Arbeit maßgebend. Der Pensionsbeitrag beträgt je nach der Pflichtdienstzeit 7, 7'5 und 8 Prozent der Ruhegenußbemessungsgrundlage.

Die Höhe der Pensionen beträgt bei den nach der allgemeinen Dienstordnung zu behandelnden Angestellten nach zehn Dienstjahren 50 Prozent der Bemessungsgrundlage und steigt bis zu

100 Prozent bei voller Dienstzeit. Die Pensionen der Witwen dieser Angestellten betragen, ohne Rücksicht auf die Dienstzeit, 50 Prozent der Bemessungsgrundlage. Bei den auf Grund von Kollektivverträgen entlohnten Arbeitern der städtischen Unternehmungen beträgt der Ruhegenuß nach zehn Dienstjahren 40 Prozent der Bemessungsgrundlage und steigt bis zu 100 Prozent bei voller Dienstzeit. Die Witwenpension beträgt hier 50 Prozent des Ruhebezuges, in dem der Gatte stand oder im Falle seiner Pensionierung zu stehen berechtigt gewesen wäre, mindestens jedoch ein Drittel der Bemessungsgrundlage.

Hier ein paar Beispiele monatlicher Pensionsbezüge:

	Schilling		Schilling
Akademiker:			
Mindest-Pension	. 218'40,	Mindest-Witwenpension	. 218'40
Höchst-Pension	. . 791'70,	Höchst-Witwenpension	. 395'85
Volksschullehrer:			
Mindest-Pension	. 161'36,	Mindest-Witwenpension	. 161'36
Höchst-Pension	. . 547'95,	Höchst-Witwenpension	. 273'98
Amtsgehilfen:			
Mindest-Pension	. 110'67,	Mindest-Witwenpension	. 110'67
Höchst-Pension	. . 337'35,	Höchst-Witwenpension	. 168'68
Straßenarbeiter:			
Mindest-Pension	. 99'94,	Mindest-Witwenpension	. 99'94
Höchst-Pension	. . 293'47,	Höchst-Witwenpension	. 146'74
Professionisten im Gaswerk, Elektrizitätswerk und bei der Straßenbahn:			
Mindest-Pension	. 103'28,	Mindest-Witwenpension	. 86'07
Höchst-Pension	. . 306'09,	Höchst-Witwenpension	. 153'05
Hilfsarbeiter der städtischen Unternehmungen:			
Mindest-Pension	. 88'58,	Mindest-Witwenpension	. 73'82
Höchst-Pension	. . 261'63,	Höchst-Witwenpension	. 130'82
Straßenbahnschaffner:			
Mindest-Pension	. 97'13,	Mindest-Witwenpension	. 80'93
Höchst-Pension	. . 289'85,	Höchst-Witwenpension	. 144'93

Für sämtliche 54.000 Gemeindeangestellten besteht eine Krankenfürsorgeanstalt, für die die Angestellten 1'3 Prozent, die Gemeinde 1'4 Prozent der ständigen Bezüge als Beitrag einzahlen. Der Beitrag der Gemeinde ist deshalb um 0'1 Prozent höher, weil die Angestellten bei Inanspruchnahme der Leistung der Anstalt gewisse Gebühren zu entrichten haben. Die Verwaltung ist paritätisch zusammengesetzt. Die Mitglieder haben freie Ärztwahl, Anspruch auf Zahnpflege, das Recht der Benutzung von Genesungsheimen usw. Gegen Unfall versichert sind die städtischen Bediensteten nicht, denn die Gemeinde hat selbst für alle Bediensteten, auch die nach dem Gesetz nicht versicherungspflichtigen, die Unfallfürsorge in demselben Ausmaß übernommen, in dem sie jeweils durch Bundesgesetz für Versicherungspflichtige eingeführt ist.

Bis zum Juli 1927 bestand für die Kreditfürsorge eine eigene Anstalt, die an die Gemeindeangestellten Darlehen gewährte. Da infolge der ungünstigen Verhältnisse auf dem Geldmarkt diese Anstalt nicht in der Lage war, den Zinsfuß der Darlehen niedrig zu

halten, hat die Gemeindeverwaltung die Darlehensgewährung an ihre Angestellten auf eine neue Grundlage gestellt und im Rahmen des Magistrats eine eigene Stelle geschaffen, der die Durchführung dieses Zweiges der Angestelltenfürsorge übertragen ist. Die Gemeindeverwaltung hat einen Betrag von 5 Millionen Schilling sichergestellt, der zur Gewährung der Darlehen an die Angestellten verwendet wird. Sie gibt diese Darlehen an die Angestellten zu dem festen Zinsfuß von sechs vom Hundert, trägt das Risiko für Verluste und hat überdies die Kosten der gesamten Verwaltung für die Darlehensgewährung übernommen. Die Darlehen werden in der Regel in der Höhe des dreifachen Monatsbezuges und mit einer gewöhnlich 24monatigen Laufzeit ohne Spesen und ohne Sicherstellung durch Bürgen oder Versicherungspolizzen gegeben.

* * *

Die Art der Behandlung des Personals, das zunächst in seiner Mehrheit der neuen Verwaltung feindselig oder gleichgültig gegenüberstand, hat bewirkt, daß eine im allgemeinen arbeitsfreudige und gewissenhafte Angestelltenschaft herangezogen wurde, die auch eine Reihe von Reformen im inneren Verwaltungsdienst ermöglicht hat. Ganze Abteilungen wurden aufgelöst, andere zusammengelegt. Das ganze Verrechnungswesen wurde von Grund aus umgestaltet, die doppelte Buchhaltung für eine Reihe von Verwaltungszweigen eingerichtet. Das Personal hat sich auch sehr hohen Anforderungen gewachsen gezeigt. Es ist kennzeichnend, daß — von einem achttägigen Straßenbahnerstreik abgesehen — in zehn Jahren sozialdemokratischer Verwaltung kein einziger Konflikt zu einer nennenswerten Arbeitsniederlegung geführt hat.

In diesem Zusammenhang sei erwähnt, daß die Polizei in Wien nicht der Gemeinde untersteht, sondern Bundesbehörde ist. Ihr Dienstrecht ist also durch Bundesgesetz geregelt. Ihre Bezüge werden vom Bund gezahlt. Die Gemeinde wird dadurch nicht belastet.

Die Gesamtausgaben der Gemeinde (ohne die Unternehmungen) sind für die aktiven Angestellten mit 136'9 Millionen Schilling und für die Pensionisten mit 45'9 Millionen Schilling für 1929 veranschlagt. Der gesamte Personalaufwand, der in der Vorkriegszeit 26 Prozent des Budgets ausmachte, beträgt jetzt 40 Prozent der Gesamtausgaben.

Wohlfahrtswesen und soziale Verwaltung.

Als die Sozialdemokraten die Verwaltung übernahmen, fanden sie Fürsorgeeinrichtungen vor, die sich schon vor dem Krieg vielfach als unzulänglich erwiesen hatten und namentlich in der Kriegszeit der Verwahrlosung anheimgefallen waren. Vor allem aber war der Geist, in dem dieses Wohlfahrtswesen verwaltet worden war, schlecht. Es war das Gnadependen des Hochmuts der Besitzenden. Das furchtbare Elend der Nachkriegszeit steigerte die Fürsorgebedürftigkeit ganz außerordentlich. Die Sterblichkeit